

Verwaltung

Herr Nürnberger
Frau Krutwage
Herr Dr. Schmid

Frau Aron

Herr Palma
Herr Hiltawsky

Erster Beigeordneter Dezernat 5
Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-
Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüber-
wachungsamt (bis 18:25 Uhr)

Büro für Integrierte Sozialplanung und
Prävention

Stab Dezernat 5
Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-

Schriftführung

Frau Mülöt

Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Vorsitzende Frau Gorsler eröffnet die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses. Sie begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zunächst führt Vorsitzende Frau Gorsler die sachkundige Bürgerin Frau Dr. Christiana Bauer in ihr Amt ein und verpflichtet sie nach folgender Formel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Frau Dr. Bauer bestätigt die Verpflichtung und unterzeichnet die Verpflichtungserklärung.

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf vier Tischvorlagen:

- Zu TOP 3.1: Anfrage „Corona-Modellregion“ - Antwort der Verwaltung
- Zu TOP 6.1: „Corona: Sachstand Infektionslage, ...“
Anlagen 1 und 2 (aktualisierte Fassungen), Anlage 3 (neu)
- Zu TOP 6.3: „Aufbringung Speziallack“ - Bericht der Verwaltung
- Zu TOP 6.6: „2. Sozialmonitoring“ - Vorlage Drucks.-Nr. 1130/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler schlägt vor, die Anträge unter den Tagesordnungspunkten 4.1 bis 4.4 aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs unter TOP 6 zu behandeln. Die Mitglieder erklären sich einverstanden. Darüber hinaus gibt es keine Änderungen zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 03. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 02.03.2021**

Herr Weber bittet die Verwaltung, die aktualisierten bzw. fehlenden Daten zu den Imp fzahlen nachzureichen.

(Antwort der Verwaltung auf die Nachfrage von Herrn Weber:

Lt. Impfbericht vom 02.03.2021 haben zum 01.03.2021 insgesamt

- *in Pflegeeinrichtungen 5.849 Bewohner*innen*
- *im Impfzentrum 6.913 Personen der Gruppe der Ü-80-jährigen und der Gruppe der beruflich Berechtigten*
- *in den Krankenhäusern 5.380 Personen und*
- *in der Tagespflege 280 Menschen eine Impfung erhalten.*

Die Erstimpfungsquote lag mit Ablauf des 01.03.2021 bei etwa 6,11 % der Bielefelder Bevölkerung.

Die Anzahl der tatsächlich verimpften unterschiedlichen Impfstoffe und viele weitere Detailinformationen sind dem wöchentlichen Impfbericht auf der Internetseite der Stadt Bielefeld zu entnehmen.)

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 03. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 02.03.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 FFP2-Masken für Menschen mit Bielefeld-Pass (Antrag aus der Sitzung des SGA vom 02.03.2021, TOP 4.1)

Unter Bezug auf die schriftliche Mitteilung bittet Frau Beier die Verwaltung, in geeigneter Weise die Information zu veröffentlichen, dass alle Bielefeld-Pass-Inhaber*innen weiterhin ausreichend Masken an den genannten Stellen erhalten könnten.

Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Wahl des Beirats für Behindertenfragen

Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Voraussetzungen für Bewerbung als Corona-Modellregion (Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.03.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1081/2020-2025

Ergänzend zu der als Tischvorlage vorliegenden Antwort der Verwaltung (Anlage 1) teilt Beigeordneter Herr Nürnberger mit, dass das Gesundheitsamt ab sofort in der Lage sei, die Daten des Kontaktnachverfolgungstools „Luca“ zu empfangen und zu nutzen.

Auch hinsichtlich SORMAS gebe es Fortschritte. Seitens des Gesundheitsamtes sei das Programm nun einsetzbar. Die Umstellung erfolge durch das Informationstechnikzentrum Braunschweig. Mit einem Termin dort rechne er im Mai. Vorteil des späteren Anschlusses sei, dass Bielefeld eine fehlerfreie Version von SORMAS erhalte, die auch über die notwendigen Schnittstellen zu den anderen Anwendungen verfüge.

Auf Nachfrage von Herrn Gugat weist Beigeordneter Herr Nürnberger darauf hin, dass das seit zwei Tagen bestehende Angebot „test&click&meet“ unter Beachtung der Corona-Schutzverordnung konzipiert worden sei. Dabei werde die Entwicklung der Inzidenzwerte ständig beobachtet, um kurzfristig reagieren zu können.

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Hinweis:

Auf Vorschlag von Frau Gorsler werden die folgenden vier Anträge unter den Tagesordnungspunkten 4.1 bis 4.4 zusammen mit TOP 6 „Corona“ behandelt.

Aufgrund der besseren Übersichtlichkeit erfolgt die Protokollierung der Beratungen und die Abstimmungen zu den einzelnen Anträgen unter TOP 4.

Zu Punkt 4.1 Impfung der Beschäftigten bei der Stadt Bielefeld (Antrag der CDU-Fraktion vom 29.03.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1089/2020-2025

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass die Mitarbeiter*innen nicht durch eine Amtsärztin/einen Amtsarzt, sondern durch den betriebsärztlichen Dienst der Stadt Bielefeld geimpft würden. Die Verwaltung plane bereits das weitere Vorgehen. Man müsse jedoch auf die offizielle Freigabe im Rahmen der Priorisierung warten.

Herr Knauf merkt an, dass eine Impf-Privilegierung der städtischen Mitarbeiter*innen das falsche Signal für die Bevölkerung sei.

Herr Hood schlägt vor, den Antrag der CDU-Fraktion in einen Prüfauftrag umzuwandeln und die Worte „von Amtsärztinnen und Amtsärzten“ durch den Ausdruck „des betriebsärztlichen Dienstes“ zu ersetzen. Für diese Veränderung stellt er die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem Antrag in Aussicht. Herr Copertino erklärt sich für die CDU-Fraktion mit diesen Änderungen ausdrücklich einverstanden.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden **abweichenden Beschluss** (Änderungen in *kursiv*):

Die Verwaltung möge prüfen, ob und inwieweit die Möglichkeit besteht, den Beschäftigten der Stadt Bielefeld die Möglichkeit zu einer Corona-Impfung durch den Einsatz *des betriebsärztlichen Dienstes* anzubieten und durch diese Maßnahme die Impfstrategie zu unterstützen, *wenn das Impfen zeitlich für die Betriebe vorgesehen ist.*

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Gestaltung der Homepage der Stadt Bielefeld (Antrag der CDU-Fraktion vom 29.03.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1090/2020-2025

Herr Knauf merkt an, dass auf der neuen Homepage die Mehrsprachigkeit fehle. Herr Gugat stimmt dieser Anmerkung zu und schlägt vor, den Antrag ebenfalls in einen Prüfauftrag für die Verwaltung zu ändern.

Herr Hood kritisiert die Globalität des Antrags. Es sollten konkretere Hinweise an die Pressestelle gegeben werden, zum Beispiel bezüglich der Mehrsprachigkeit.

Herr Copertino erklärt, dass der Antrag sich noch auf den alten Stand der Homepage beziehe. Aber auch auf der neuen Homepage gebe es Sprachbarrieren. Mit einer Umwandlung des Antrags in einen Prüfantrag erklärt er sich einverstanden.

Herr Sander spricht sich gegen eine Mehrsprachigkeit auf der Homepage aus.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden **abweichenden Beschluss** (Änderungen in *kursiv*):

Die Verwaltung möge prüfen, die Homepage der Stadt Bielefeld im Hinblick auf die Corona-Pandemie für die Bürgerinnen und Bürger so übersichtlich und transparent zu gestalten, dass die Informationen und der FAQ-Bereich leicht bedienbar und sofort einsehbar sind. Hierbei soll insbesondere auf die Mehrsprachigkeit und leichte Sprache eingegangen werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Sicherstellung des Impfanmeldeverfahrens (Antrag der CDU-Fraktion vom 29.03.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1091/2020-2025

Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt, dass die Hürden für einen Missbrauch bei der Buchung von Impfterminen bereits deutlich höher gesetzt worden seien. *Weitere Informationen zum diesem Thema werde er im nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung (vgl. TOP 16.1) geben.*

Herr Knauf bittet darauf zu achten, dass die Hürden für Menschen mit Migrationshintergrund oder ältere Menschen nicht zu hoch gesetzt würden.

Hinweis der Schriftführung:

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes erfolgte überwiegend unter TOP 16.1 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Der Antrag selbst bleibt jedoch im öffentlichen Teil der Sitzung bestehen. Daher erfolgt auch die Protokollierung der Abstimmung über diesen Antrag im öffentlichen Teil, obwohl diese zeitlich im Anschluss an die Beratung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung durchgeführt wurde.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden **abweichenden Beschluss** (Änderungen in *kursiv*):

Die Verwaltung möge prüfen, ob und wie das ASB-Anmeldeverfahren sicherheitstechnisch weiterentwickelt werden kann.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Bericht gesundheitliche Auswirkungen Corona (Antrag der CDU-Fraktion vom 29.03.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1092/2020-2025

Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt, dass zum jetzigen Zeitpunkt nur äußerst schwer einzuschätzen sei, welche Auswirkungen die Pandemie auf die psychische und physische Gesundheit der Bürger*innen in Bielefeld habe und haben werde. Er weist auf das vom Rat beschlossene Aktionsprogramm hin, dessen Maßnahmen darauf ausgerichtet seien, den sozialen und gesundheitlichen Folgen der Pandemie entgegenzuwirken. Es sei jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich, die Folgen abzuschätzen und die angefragten Daten für Bielefeld zu sammeln und aufzubereiten. Das Corona-Sozialmonitoring mit dem Schwerpunktthema „Psychische Gesundheit“ (s. TOP 6.6) liege vor und hier seien Expert*innen zur derzeitigen Situation befragt worden.

Herr Knauf fragt nach dem Nutzen einer Bielefeld-spezifische Auswertung. Diese binde Ressourcen, die zurzeit nicht vorhanden seien.

Herr Hood schlägt vor, den Antrag zur weiteren Bearbeitung an die Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK) weiterzuleiten. Herr Copertino erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Herr Sander begrüßt den Antrag der CDU-Fraktion, da dieser nicht nur die psychischen und physischen Auswirkungen der Corona-Pandemie, sondern auch des Lockdowns beleuchte. Er verweist in diesem Zusammenhang auf eine Forschung mit bundesweitem Monitoring zum Thema Einsamkeit, die im Bundestag öffentlich behandelt worden sei.

Herr Kollmeier weist darauf hin, dass nicht ein Bericht über die gesundheitlichen Folgen wichtig sei, sondern vielmehr die Entwicklung von Maßnahmen zu Abmilderung der Folgen.

Abschließend erklärt Herr Weber, dass der für Bielefeld beantragte Bericht einen besonderen Reiz habe durch die in Bielefeld bestehende außergewöhnlich große Trägerlandschaft, die sich mit psychischen und physischen Gesundheitsthemen auseinandersetze.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden **abweichenden Beschluss** (Abweichungen in *kursiv*):

Die Verwaltung *wird gebeten, die Thematik der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die psychische und physische Gesundheit der Bielefelder Bürgerinnen und Bürger in der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK) zu erörtern und aufzubereiten.*

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

Ergebnis der Wahl zum Seniorenrat für die Wahlperiode 2020 - 2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0877/2020-2025

Herr Weber berichtet ergänzend zur Vorlage, dass die Wahl des Vorsitzes des Seniorenrates inzwischen stattgefunden habe und Herr Dr. Aubke erneut als Vorsitzender wiedergewählt worden sei. Der Ausschuss gratuliert.

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Corona-Pandemie

Beigeordneter Herr Nürnberger verweist auf den als Tischvorlage zur Verfügung gestellten „ergänzenden Bericht zur Ratsvorlage“ (Anlage 2), in dem auch die nahezu tagesaktuellen Daten dargestellt seien.

Es sei gelungen, die Testkapazitäten in Bielefeld massiv auszubauen. Die Errichtung von zwei weiteren Teststationen sei an der Brackweder Hauptstraße und in Sennestadt geplant. Schon jetzt könnten bei Ausschöpfung aller Kapazitäten über 200.000 Testungen pro Woche durchgeführt werden.

Die Kindertagesstätten und Schulen seien durch das Land NRW mit Tests ausgestattet worden. Diese Lieferungen stellten die Schulen und Kitas jedoch vor einige logistische Probleme. Die Stadt habe nun von den als Rücklage eingekauften Einzeltests einen Teil an die Kitas ausgeliefert.

Ursprünglich habe man in Bielefeld Ende dieser Woche mit der Impfung von wohnungslosen Personen mit dem einmalig zu verabreichenden Impf-

stoff Johnson & Johnson beginnen wollen. Diese Planungen hätten aufgrund Lieferschwierigkeiten des Impfstoffes nun vorerst gestoppt werden müssen.

Trotz verschiedener Probleme seien gestern im Impfzentrum Bielefeld mit insgesamt knapp 1.700 Personen in Bielefeld so viel Menschen wie noch nie an einem Tag geimpft worden. Damit sei unter Beibehaltung der persönlichen Betreuung und Beratung jeder zu impfenden Person die maximale Kapazität des Impfzentrums ausgeschöpft.

Impfdosen, die im Impfzentrum nicht verimpft werden könnten, würden an Arztpraxen weitergeleitet, so dass im Impfzentrum keine nicht verimpften Dosen lagerten.

Herr Knauf bittet um Nennung der aktuellen Testzahlen, um einschätzen zu können, ob die Teststationen gut angenommen würden. Beigeordneter Herr Nürnberger antwortet, dass man mit 1.000 Tests pro Tag gestartet sei. In der letzten Woche seien durchschnittlich 12.000 Tests am Tag durchgeführt worden seien. Mit acht positiven Tests von 1.000 bzw. 91 von 12.000 sei der Anteil an positiven Tests konstant bei ca. 0,7% geblieben.

Auf Nachfrage von Frau Rammert bestätigt Frau Krutwage, dass bei Bedarf für alleinlebende, mobilitätseingeschränkte über 80-jährige ein individuelles Unterstützungsangebot organisiert werde.

Bezogen zu Punkt 10 der Vorlage erklärt Beigeordneter Herr Nürnberger auf die Frage von Frau Rammert, dass die Berechtigten durch die Schulsozialarbeiter*innen informiert würden.

Frau Rammert kritisiert, dass einerseits die Testkapazitäten in der Stadt massiv ausgebaut werden könnten, andererseits aber für Schulen nicht ausreichend Tests vorhanden seien. In diesem Zusammenhang frage sie sich auch, wie positiv Getestete, die mit dem ÖPNV in die Innenstadt gefahren seien, wieder nach Hause bzw. zum Arzt kämen.

Beigeordneter Herr Nürnberger bedauert, dass das Land die Kommunen nicht in ihrer Entscheidung zu den Tests in Schulen und Kitas mit einbezogen habe. Man hätte zumindest prüfen können, ob eine gemeinsame Nutzung der mobilen Testungen in Schulen und in der Innenstadt möglich seien.

Positiv getestete Menschen seien verpflichtet, sich auf dem kürzesten Wege unter Einhaltung der Hygienebestimmungen auch mit dem ÖPNV nach Hause zu begeben. Es ließe sich nicht vermeiden, dass auch Menschen, die unentdeckt infiziert seien, den ÖPNV nutzten.

Herr Hood hält die Ausweitung der Testmöglichkeiten für sinnvoll, aber nicht ausreichend. Die Einführung von „test&click&meet“ sei zum jetzigen Zeitpunkt bei steigenden Inzidenzen nicht richtig. Bei der Entscheidung für das Konzept wäre seiner Meinung nach die Einbindung der Politik hilfreich gewesen. Priorität müsse jetzt sein, die Schulen und Kitas mit verpflichtenden Tests wieder zu öffnen und auch der Eingliederungshilfe, Altenhilfe und Pflege mehr Alltag zurückzugeben. Wichtig sei auch, dass in der Frage der Impfungen der Ermessensspielraum großzügig genutzt werde, um das

Impfen voranzubringen. Insgesamt könne man aber mit der Situation in Bielefeld zufrieden sein.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüße zudem die Ergebnisse der 1. Zukunftskonferenz. Den Antrag der CDU-Fraktion zur Aufbringung von Speziallack werde man nicht unterstützen.

Beigeordneter Herr Nürnberger entgegnet, dass die Entscheidung für „test&click&meet“ bei gleichzeitigem Anstieg der Infektionszahlen ungünstig erscheine, er diese aber für vertretbar halte. Das Angebot habe keinen Anstieg der Besucher*innen in der Innenstadt zur Folge gehabt.

Über die positiven Rückmeldungen zur 1. Zukunftskonferenz sei er sehr erfreut. Auf Basis der dort entwickelten Ideen und geführten Fachgespräche werde nun ein Aktionsprogramm erarbeitet. In der 2. Zukunftskonferenz, die für den 10. Juni 2021 geplant sei, würden die konkreten Maßnahmen und deren Umsetzung diskutiert werden.

Herr Sander weist darauf hin, dass die Situation auch verbal nicht verharmlost werden dürfe. Schließlich gehe es um soziale Existenzen und Sorgen.

Frau Beier äußert sich ebenfalls positiv zur 1. Zukunftskonferenz. Allerdings seien die dort gestellten Leitfragen durchweg positiv formuliert gewesen und hätten nicht nach den Defiziten gefragt. Sie regt an, diesen Hinweis bei der zweiten Konferenz in geeigneter Weise zu berücksichtigen.

Herr Copertino bestätigt, dass auch die CDU-Fraktion die Entscheidung für „test&click&meet“ kritisch beobachte. Oberstes Ziel müsse sein, die Impfungen voranzutreiben und die Pandemie zu stoppen.

Er merkt an, dass die CDU-Fraktion keine Einladung zur 1. Zukunftskonferenz erhalten habe und darum nicht teilnehmen können.

(Anmerkung der Verwaltung: Die nachträgliche Prüfung hat ergeben, dass die CDU-Fraktion über die Fraktions-Email-Adresse angeschrieben und eingeladen wurde.)

Im Folgenden erläutert Herr Copertino kurz die vier Anträge der CDU-Fraktion (siehe unter TOP 4.1 bis 4.4). *(Hinweis: Aufgrund der besseren Übersichtlichkeit erfolgt die Protokollierung zu den TOPs 4.1 bis 4.4 sowie die Beschlussfassungen unter den jeweiligen TOPs.)*

Den Antrag aus der Sitzung des SGA vom 02.03.2021 (Vorlage Drucks.-Nr. 0850/2020-2025, TOP 4.2.2) stellt die Fraktion unter Hinweis auf den Bericht der Verwaltung zurück.

-.-.-

Zu Punkt 6.1

Sachstand Infektionslage, Testen und Impfen

Die Informationen zu diesem Thema wurden innerhalb der Beratungen zu TOP 6 gegeben.

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Dokumentation der 1. Corona-Zukunftskonferenz vom 11.03.2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1076/2020-2025

Die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgte unter TOP 6.

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2021 zur Sitzung des SGA am 02.03.2021 ("Aufbringung Speziallack") - Bericht der Verwaltung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0850/2020-2025

Dieser Antrag wurde aufgrund des Berichts der Verwaltung von der CDU-Fraktion zurückgezogen (vgl. TOP 6).

-.-.-

Zu Punkt 6.4 SORMAS - Erfahrungsbericht der Verwaltung

Der Bericht von Beigeordnetem Herrn Nürnberger zum Thema SORMAS ist bereits in die Ausführungen zu TOP 3.1 eingeflossen.

-.-.-

Zu Punkt 6.5 Bereitstellung von Mitteln für die Verlängerung überplanmäßiger Personaleinsätze

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1016/2020-2025

Auf Nachfrage von Herrn Copertino erklärt Beigeordneter Herr Nürnberger, dass es sich überwiegend um Verträge handele, die befristet bis 30.09.2021 mit Studierenden abgeschlossen worden seien.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen,

a) der Verlängerung des überplanmäßigen Personaleinsatzes im Ge-

sundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt im Umfang von 70 Vollzeitäquivalenten „Containment-Scouts“ bis 30.09.2021 und

b) dem damit verbundenen überplanmäßigen Personalaufwand von insgesamt 787.500 Euro in der Produktgruppe 110108 Personalmanagement zuzustimmen. Die ungedeckten Mehraufwendungen führen zu einer entsprechenden Verschlechterung des Jahresergebnisses im Haushaltsjahr 2021.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.6 Lebenslagen in Corona-Zeiten: Sozialmonitoring April 2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1130/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf das als Tischvorlage vorliegende 2. Sozialmonitoring (Anlage 3). Sie spricht der Verwaltung ihren ausdrücklichen Dank für die mit großem Aufwand verbundene Organisation und Durchführung der 1. Zukunftskonferenz und die Erstellung des 2. Sozialmonitorings aus. Die große Teilnehmerzahl habe bewiesen, dass eine solche Konferenz ein geeignetes Instrument dafür sei, die Bedarfe vieler Beteiligten und Betroffener zusammenzuführen. Vorsitzende Frau Gorsler dankt allen Beteiligten für ihr großes Engagement.

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7 Verwendung der noch bei der REGE mbH zur Verfügung stehenden Mittel Bildung und Teilhabe (BuT)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1100/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden **Beschluss**:

Die REGE mbH wird beauftragt, die ihr zur Verfügung stehenden Rest-BuT-Mittel in Höhe von 90.500,- EUR, die aufgrund der Corona-Pandemie in 2020 nicht verausgabt werden konnten, bis zum 30.06.2023 zur Stärkung der Bildung und der Teilhabe von bildungsbenachteiligten Kindern und zum Ausgleich der Auswirkungen der Pandemie auf Schüler*innen an Grundschulen weiterhin wie folgt einzusetzen:

1. Sozialtrainings für Grundschüler*innen im Klassenverband

2. **Selbstbehauptungstrainings und Kurse zur Persönlichkeitsstärkung**
3. **Trainings in den 4. Klassen zur Vorbereitung auf den Übergang Grundschule – Sekundarstufe**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Sachstand zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen der Vertragsperiode 2020 bis 2022 sowie Informationen zum Integrationsbudget

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1097/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler lobt die Darstellung des Sachstandes in der Vorlage. Diese sei auch als Grundlage für die Vorbereitung der Verhandlungen der kommenden Vertragsperiode sehr hilfreich.

Herr Knauf fragt am Beispiel der Mittel aus dem Integrationsbudget für die Projekte Sprache/Arbeitsmarkt und Schule/Bildung, ob eine Fortsetzung der Projekte im Haushalt eingeplant sei.

Dazu erläutert Beigeordneter Herr Nürnberger, dass die befristeten Projekte zunächst ausliefen. Dies sei politisch und auch vertraglich so vereinbart. Es gebe aber bereits Überlegungen, verschiedene Projekte fortzusetzen. Diese müssten finanziell noch genau abgebildet werden. Zum jetzigen Zeitpunkt sei aber nicht absehbar, welche Mittel zukünftig überhaupt zur Verfügung stünden.

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Bericht zum „Bielefelder Aktionsbündnis Inklusion“ im Rahmen der kommunalen Inklusionsplanung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0890/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10

Abschlussberichte der Forschungsprojekte "Alleinerziehende in Bielefeld" und „Endlich fragt mich jemand!“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0886/2020-2025

Frau Rammert lobt die Durchführung der Studie. Es sei für die Betroffenen psychologisch sehr wichtig, wahrgenommen zu werden. Die Entwicklung der Handlungsempfehlungen zeige, dass etwas für die Verbesserung der Situation von Alleinerziehenden getan werde. Sie fragt, ob eine Weiterführung der Studie geplant sei.

Frau Beier beurteilt die Studie ebenfalls als sehr lohnens- und lobenswert. Ihr sei aufgefallen, dass für die im Bereich Stieghorst fehlende Anlaufstelle für Alleinerziehende eine ehrenamtliche Lösung gesucht werde. Hier sei ihr Wunsch, aus den Handlungsempfehlungen einen Maßnahmenplan zu entwickeln, der über ehrenamtliche Ansätze hinausgehe. Außerdem frage sie sich, wie die in der „Handlungsempfehlung 6“ genannte Verpflichtung der Arbeitgeber umgesetzt werden solle.

Frau Aron dankt für die positiven Rückmeldungen. Sie berichtet, dass es der „Diakonie für Bielefeld“ gelungen sei, über ein Förderprogramm eine halbe Stelle für eine Lotsin für Alleinerziehende zu beantragen. Darüber hinaus seien der Diakonie Fördermittel über den Teilhabefonds für die Ausbildung von ehrenamtlichen, alleinerziehenden Lotsinnen im Umfang von 15.000 € für die nächsten drei Jahre bewilligt worden. Über die Durchführung einer Langzeitstudie werde ebenfalls nachgedacht. Auf die Frage, wie die in den Abschlussberichten beschriebenen Empfehlungen umgesetzt würden, antwortet Frau Aron, dass aufgrund der besonderen Belastung von Alleinerziehenden in der Pandemie, eine weitere Ressource für diese Zielgruppe als Maßnahme des Corona-Aktionsplans vorgesehen sei. Darüber könne Politik im Juni entscheiden.

Auf Nachfrage von Herrn Hood erläutert Frau Aron die Bedeutung des „Familien-Infopoints“ im Grünen Würfel. In den letzten Wochen und Monaten habe sich gezeigt, dass der Grüne Würfel zunehmend als Anlaufstelle für Familien genutzt werde. Im Rahmen der Entwicklung des Grünen Würfels plane die Verwaltung daher, gemeinsam mit der Diakonie für Bielefeld und in enger Kooperation mit dem Familienbüro, dort einen „Familien-Infopoint“ mit Beratungsangeboten einzurichten. Die räumlichen Voraussetzungen habe man bereits durch einen kleinen Umbau schaffen können. Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11

Finanzierung eines Übergangsmanagements für von Gewalt betroffene Frauen nach einem Frauenhausaufenthalt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1047/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden **Beschluss:**

Zur Sicherstellung eines Übergangsmagements für von Gewalt betroffene Frauen nach einem Frauenhausaufenthalt wird dem AWO Kreisverband Bielefeld im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen für die Jahre 2021 und 2022 in der laufenden Vertragsperiode

- ein Betrag von 15.000 € /Jahr

zur Verfügung gestellt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Pilotprojekt zur infrastrukturellen Unterstützung von drei Betreuungsangeboten des Offenen Ganztags

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0767/2020-2025

Herr Holler-Göller begrüßt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Start des Projekts. Er möchte wissen, nach welchen Kriterien die drei genannten Schulen ausgesucht worden seien.

Herr Kollmeier spricht der Verwaltung Lob und Dank für die Umsetzung der Projekte aus. Aus eigener Erfahrung wisse er, wie schwierig, aber auch notwendig Inklusion sei, um Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen eine Teilhabe und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Daher unterstütze die SPD-Fraktion dieses Projekt ausdrücklich.

Zur Frage von Herrn Holler-Göller erklärt Frau Krutwage, dass Schulen ausgewählt worden seien, in denen bereits eine gewisse Anzahl von Kindern mit Unterstützung von Integrationshilfen beschult würden und wo auch die Bereitschaft der OGS vorhanden sei. Es handele sich um ein sehr zukunftsweisendes Projekt, in dem viele unterschiedliche Akteure zusammenarbeiteten, um neue Konzepte zu entwickeln. Mit Blick auf einen möglichen Rechtsanspruch auf eine OGS-Betreuung ab dem Jahr 2025 böte dieses Projekt die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln und im Austausch zwischen Sozialamt, Jugendamt und Schulamt weitere geeignete Möglichkeiten für die Betreuung dieser Kinder in der OGS in Bielefeld zu entwickeln.

Herr Weber weist darauf hin, dass zum Gelingen dieses Projektes eine kontinuierliche, enge Abstimmung und gute Kommunikation zwischen den betroffenen Dezernaten und Ämtern notwendig sei.

Beigeordneter Herr Nürnberger bestätigt, dass ein solches Projekt nur funktioniere, weil Dezernate und Ämter gut zusammenarbeiteten. Ziel sei gewesen, - anders als bisher - ein infrastrukturelles Angebot zu entwickeln.

Er hoffe, dass dieses Projekt möglichst rasch ausgeweitet und weiterentwickelt werde. Die Fachausschüsse würden zu gegebener Zeit entsprechend informiert.

Sodann bittet Vorsitzende Frau Gorsler um Abstimmung.

Der Sozial und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, das anliegend beschriebene „Pilotprojekt zur infrastrukturellen Unterstützung von drei Betreuungsangeboten des Offenen Ganztags“ gemeinsam mit den Schulen und den OGS-Trägern umzusetzen.
2. Die Verwaltung wird weiter aufgefordert, Anfang 2023 einen zwischen den Projektbeteiligten abgestimmten Bericht über die Umsetzung des Pilotprojektes vorzulegen, damit eine Entscheidung über eine eventuelle Verlängerung und ggfs. Ausweitung auf andere Schulen getroffen werden kann.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Als Themen für die nächsten Sitzungen nennt Frau Krutwage die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Bielefeld, das Wohnungsmarktbarometer, Stadtteilangebote und das aktuelle Thema Corona.

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Gez.
Sylvia Gorsler
(Vorsitzende)

Gez.
Rita Mülöt
(Schriftführung)